Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 15.11.2007 um 18.35 Uhr
im Historischen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein
Stadtrat Schardt (ohne Ziffer 5)
Stadtrat Rank (ohne Ziffer 5)

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Sagol (für Stadträtin Dr. Endres-Paul)
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Heisel

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller
Stadtrat Schmidt
Stadträtin Richter (für Stadtrat May, ohne Ziffer 3)

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

AG Gold/ödp

Stadträtin Schmidt (für 2. Bgmin. Gold)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Groß

Berichterstatter: Oberamtsrat Hartner

Rechtsrätin Schmöger
Amtfrau Hartmann (Ziffern 1 und 2)
Oberamtsrat Schwarz (Ziffer 3)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Mahlmeister

Bürgermeister Böhm
Stadträtin Stocker

Entschuldigt fehlten:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat May
2. Bürgermeisterin Gold

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. keine Einwände gegen die TOP

1. Umsetzung des BayKiBiG in der Stadt Kitzingen Örtliche Bedarfsplanung nach Art. 7 BayKiBiG

A. Amtfrau Hartmann geht ausführlich auf die örtliche Bedarfsplanung, die aufgrund des Art. 7 BayKiBiG jährlich durchzuführen ist, ein und erläutert, dass die Stadt Kitzingen derzeit einen Puffer von 75 Plätzen in allen Einrichtungen habe. Des Weiteren geht sie auf eine bei den Eltern durchgeführte Umfrage hinsichtlich der Kleinkindbetreuung ein und erklärt, dass die derzeitige Nachfrage in Höhe von ca. 13 % in den bestehenden Einrichtungen untergebracht werden könnte. Abschließend weist sie auf weitere Anmerkungen in der Umfrage hinsichtlich der Öffnungszeiten sowie dem Aspekt der Wohnortnähe (Wohnortnähe geht vor Angebot) hin.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Auszeichnung des Landkreises Kitzingen zur „Familien TOP Region“ auch auf das vielschichtige Kinderbetreuungsangebot der Stadt Kitzingen zurückzuführen sei.

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene fragt bzgl. des Bedarfs an früheren Öffnungszeiten nach, ob man mit den Kindergärten dahingehend sprechen könnte, ob eine frühere Öffnung, wo die Nachfrage besonders bestehe, möglich wäre.

Stadträtin Wallrapp bittet um eine Absprache der Kindergärten dahingehend, dass in den Sommerferien nicht alle Einrichtungen gleichzeitig schließen, sondern je nach Bedarf die Kinder ein einem oder in mehreren Kindergärten für diese Zeit zusammengelegt werden könnten.

Amtfrau Hartmann weist hinsichtlich der Öffnungszeiten darauf hin, dass einige Kindergärten dies bereits anbieten, aber manche es nicht anbieten können. Dies liege im Ermessen des Trägers.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen stellt einen Bedarf an 837 Kinderbetreuungsplätzen fest, vorliegende „Örtliche Bedarfsplanung 2008“ wird genehmigt.
2. Alle bisher anerkannten Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen – siehe „Örtliche Bedarfsplanung Nr. 1 Bestand: Gesamtsumme = 912“ werden ab 01.09.2008 unbefristet als bedarfsnotwendig anerkannt. Die Stadt Kitzingen behält sich vor, bei erheblichen Veränderungen im Platzbedarf dies zu prüfen und neu über die anzuerkennenden Plätze zu entscheiden.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die bisher erteilten Bescheide (befristet bis zum 31.08.2008) unbefristet gemäß Nr. 2 zu verlängern.

2. Umsetzung des BayKiBiG in der Stadt Kitzingen Zuschussfaktor 2,0 für Unter-Dreijährige, Betriebskostenzuschuss

A. Amtfrau Hartmann geht ausführlich auf die Sitzungsvorlage ein und erläutert die Problematik hinsichtlich der Anerkennung des Zuschussfaktors 2,0 und den damit verbundenen Kosten. Nachdem man bei Anerkennung des Zuschusses auch den höheren Staatszuschuss bekäme, spricht sich die Verwaltung für den Zuschussfaktor 2,0 bis zum Ende eines Betreuungsjahres aus. Des Weiteren geht sie auf den Betriebskosten-

zuschuss ein und bittet um Zustimmung. Hinsichtlich des Waldkindergartens stellt sie zur Diskussion, ob dieser ebenfalls den Betriebskostenzuschuss bekommen sollte. Stadtrat Müller weist darauf hin, dass man zunächst wissen müsste, ob und in welcher Höhe der Waldkindergarten Betriebskosten habe, wonach sich ein evtl. Zuschuss richten müsse.

Amtfrau Hartmann sagt zu bis zur Sitzung des Stadtrates am 22.11.2007 zu, dies beim Träger abzufragen.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen gewährt den Gewichtungsfaktor 2,0 für alle Kitzinger Kinder in einer Kinderbetreuungseinrichtung, die das dritte Lebensjahr vollenden, bis zum Ende des Betreuungsjahres. Dies gilt ab dem Kindergartenjahr 2007/08.
2. Die Stadt Kitzingen gewährt ab dem Haushaltsjahr 2008 jedem Kindergarten sowie der Kinderkrippe des BRK einen Betriebskostenzuschuss in folgender Höhe:

Die 1. Gruppe erhält	5.000 € jährlich
Die 2. Gruppe „	4.500 € „
Die 3. „	4.000 € „
Die 4. „	3.500 € „

Ab dem Folgejahr (= 2009) wird dieser Zuschuss jährlich mit 2 % dynamisiert. Die Auszahlung erfolgt wie bisher zum 01. September des Haushaltsjahres.

3. Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt;

Antrag der UsW vom 11.09.2007 und der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.09.2007

- A. Oberamtsrat Schwarz geht ausführlich auf die Anträge der UsW bzw. SPD hinsichtlich der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt ein. Er stellt dar, dass das Angebot der Stadt Kitzingen derzeit sehr günstig sei (Gebührenpflicht erst ab 9.00 Uhr, Gebühr im 5 Ct. Takt, mit dem gelösten Parkticket darf man während der Parkzeit im gesamten Stadtgebiet parken usw.) und die Vorschläge beider Fraktionen nicht zum gewünschten Umschlag der Parkplätze führen würde. Abschließend weist er auf die mit der Umsetzung verbundenen Mindereinnahmen sowie die Umsetzungskosten hin.

Die Verwaltung schlägt vor, bei der derzeitigen Regelung zu bleiben.

Stadtrat Müller als Antragsteller erklärt, dass man mit einer 2-stündigen Blauen Zone die Innenstadt mit den Parkplätzen auf der grünen Wiese gleichstellen wollte, bei denen sofort ein kostenloser Parkplatz zur Verfügung stehe. Hiermit könne man seiner Meinung nach die Attraktivität der Innenstadt steigern. Weiter macht er deutlich, dass hierdurch die Besucher die Möglichkeit hätten, länger in der Innenstadt zu verweilen.

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene als Antragsteller erklärt, dass man mit der freien halben Stunde die Umschlagszeiten der Parkplätze verkürzen könnte. Die Bürger hätten somit die Möglichkeit zum Bäcker, zur Apotheke zu gehen oder kurze Besorgungen in der Innenstadt zu tätigen. Die Einnahmeverluste, die man dadurch bekäme, könnten durch höhere Gebühren bei den Langzeitparkern wieder aufgefangen werden.

Stadtrat Rank erklärt, dass es für ihn hierbei um die Belebung der Innenstadt gehe, was seiner Meinung nach über die Parkgutscheine zu erreichen wäre. Er schlägt vor, bei der Korrespondenz mit Bürgern oder Institutionen hin und wieder einen Parkgutschein beizulegen. Des Weiteren regt er an, diese preislich zu reduzieren.

Oberamtsrat Schwarz erklärt, dass die Parkgutscheine von den Gewerbebetreibenden sehr gut angenommen werden. Die Stadt übernehme die Druckkosten und die Gebühr die Geschäftsleute.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass man die Parkgutscheine auch an Private verkaufen sollte und bittet diese Möglichkeit zu prüfen. Weiter ist sie der Auffassung,

dass die derzeitige städtische Parkraumbewirtschaftung gut sei. Sie könne sich lediglich vorstellen, eine Blaue Zone von einer halben Stunde nur in der Innenstadt einzurichten.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über das weitere Vorgehen der Parkraumbewirtschaftung, worauf Stadtrat Müller den Antrag auf Schluss der Debatte stellt.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat Müller wird stattgegeben.

- C. Oberbürgermeister Moser stellt fest, dass die Stadt Kitzingen mit einem sehr attraktiven Angebot die Parkplätze in der Stadt zur Verfügung stellt und die Verwaltung der Auffassung sei, dies nicht zu ändern.

D. Mit 2 : 10 Stimmen

Dem Antrag der UsW vom 11.09.2007 wird zugestimmt.

E. Mit 3 : 9 Stimmen

Dem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.09.2007 wird zugestimmt.

- F. Stadtrat Müller bittet, nachdem es im Beschlussentwurf eine Ziffer 3 gibt, sich bis zur Stadtratssitzung Gedanken zu machen, inwieweit das Ausgeben von Parkgutscheinen an Privatpersonen sowie eine blaue Zone in der Innenstadt umgesetzt werden könnte.

4. B-Plan Nr. 30 a

„Wochenendhausgebiet Mainleite“

- a) Mögl. Änderungsbeschluss mit Veränderungssperre
- b) BGVNr. 98/07 → Zurückstellung

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf den Sachverhalt ein und stellt das Verfahren hinsichtlich des Veränderungssperre und der Änderung des Bebauungsplans dar. Um die Situation in diesem Bereich ordnen zu können, muss der Bebauungsplan von 1968 an die gegenwärtigen Erfordernisse angepasst werden.

Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent stimmt dem Vorhaben der Verwaltung zu.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Verwaltungsvorschlag und geben zu Bedenken, ob dieses zeitaufwändige Verfahren bei der derzeitigen personellen Situation durchgeführt werden sollte.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass mit dem Beschluss zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der Bauten im Außenbereich vom Februar 2007 dieses Vorgehen die Konsequenz sei und nötig erscheine, um die Situation in diesem Bereich zu ordnen.

B. Mit 8 : 5 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, den B-Plan Nr. 30 a „Wochenendhausgebiet Mainleite“ i.d. F. v. 19.04.1968 zu ändern.

Ziel der Änderung:

- Sicherung der (inneren) Erschließung
- Regelung der Entsorgung

- Überprüfung der Gestalt.. Vorgaben
 - Überprüfung des Maßes der baul. Nutzung
- 2.1 Die Verwaltung wird beauftragt, dazu Vorschläge zu erarbeiten und insbesondere mit der Unt. Wasserbehörde mögliche Lösungen für die Entsorgung aufzuzeigen.
3. Zur Sicherung der Planung ist eine Veränderungssperre zu erlassen.
- 3.1 Satzung der Stadt Kitzingen über eine Veränderungssperre für den Bereich des bestehenden Bebauungsplans Nr. 30 a „Wochenendhausgebiet Mainleite“.

Aufgrund der §§ 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) erlässt die Stadt Kitzingen folgende Satzung:

§ 1 Zu sichernde Planung

Mit Beschluss vom _____ hat der Stadtrat entschieden, für den Geltungsbereich des bestehenden B-Plans Nr. 30 a „Wochenendhausgebiet Mainleite“ i.d. F. v. 19.04.1968 ein Planänderungsverfahren einzuleiten.

Zur Sicherung der Planung wird eine Veränderungssperre erlassen.

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der Veränderungssperre wird wie folgt umgrenzt:

Geltungsbereich des B-Plans Nr. 30 a „Wochenendhausgebiet Mainleite“ i.d. F. v. 19.04.1968.

Die Veränderungssperre erfasst folgende Grundstücke:

Fl.Nr. 4617/2 Tfl.	Fl.Nr. 4714	Fl.Nr. 4717 Tfl.
Fl.Nr. 4694/2 Tfl.	Fl.Nr. 4715/1	Fl.Nr. 4716 Tfl.
Fl.Nr. 4702	Fl.Nr. 4715	Fl.Nr. 4710 Tfl.
Fl.Nr. 4703	Fl.Nr. 4715/2	Fl.Nr. 4709
Fl.Nr. 4703/1	Fl.Nr. 4718	Fl.Nr. 4709/2 Tfl.
Fl.Nr. 4703/2	Fl.Nr. 4719	Fl.Nr. 4705
Fl.Nr. 4704/2	Fl.Nr. 4721 Tfl.	Fl.Nr. 4706 Tfl.
Fl.Nr. 4704/3	Fl.Nr. 4722 Tfl.	Fl.Nr. 4701/1
Fl.Nr. 4704	Fl.Nr. 4723 Tfl.	Fl.Nr. 4701
Fl.Nr. 4709/3	Fl.Nr. 4724	Fl.Nr. 4700/1
Fl.Nr. 4712	Fl.Nr. 4725	Fl.Nr. 4700/3
Fl.Nr. 4712/2	Fl.Nr. 4726/2 Tfl.	Fl.Nr. 4700
Fl.Nr. 4712/1	Fl.Nr. 4726 Tfl.	
Fl.Nr. 4713	Fl.Nr. 4720 Tfl.	

§ 3 Rechtswirkungen der Veränderungssperre

- (1) Im Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen
1. Vorhaben im Sinn des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden;
 2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

- (2) Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.
- (3) Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Stadt Kitzingen nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4 Inkrafttreten und Außerkrafttreten

- (1) Die Veränderungssperre tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Die Veränderungssperre tritt nach Ablauf von zwei Jahren, vom Tag der Bekanntmachung gerechnet, außer Kraft. Auf die Zweijahresfrist ist der seit der Zustellung der ersten Zurückstellung eines Baugesuchs nach § 15 Abs. 1 BauGB abgelaufene Zeitraum anzurechnen. Die Veränderungssperre tritt in jedem Fall außer Kraft, sobald und soweit der Bebauungsplan für das in § 2 genannte Gebiet rechtsverbindlich wird.

Hinweis:

Auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 Sätze 2 und 3 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre nach § 18 BauGB und des § 18 Abs. 3 BauGB über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen.

4. Die Bausache BGVNr. 98/07 „Wochenendhaus mit Außenanlagen“ Fl.Nr. 4701/1 wird bis zur Rechtskraft der Veränderungssperre gem. § 15 Bau GB zurückgestellt.

5. Dorferneuerung Etwashausen:

Abrechnung des Abschnittes „Schwarzacher Straße“ nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und der Ausbaubeitragssatzung der Stadt Kitzingen

Mit 10 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der abrechenbare Abschnitt „Schwarzacher Straße“ beginnt an den Grundstücken Balthasar-Neumann-Str. 5 (Fl.Nr. 973) bzw. Schwarzacher Str. 2 (Fl.Nr. 1040) und endet an den Grundstücken Schwarzacher Str. 35 (Fl.Nr. 5445) bzw. Schwarzacher Str. 30 (Fl.Nr. 5461).

Die Stadt wird Vorausleistungen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) im November 2007 erheben.

3. Als Abrechnungsgrundlage werden die fiktiven Kosten herangezogen. Diese sind um den erhöhten Aufwand aus gestalterischen Gründen (Pflaster statt Asphalt) bereinigt.
6. Verlegung der Bushaltestelle in Sickershausen von der Hohenfelder Straße an die Michelfelder Straße

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag des Stadtbauamtes wird Kenntnis genommen.
2. Die überplanmäßigen Haushaltsmittel in Höhe von 35.500 € werden unter der HSt. 1.6300.9421 in den Haushaltsplan eingestellt. Die Deckung erfolgt über die HSt. 1.6309.9501 (Nordtangente).
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, einen Zuschussantrag auf Förderung von Haltestelleneinrichtungen nach BayGVFG zu stellen.
4. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, eine Ausbau- und Unterhaltsvereinbarung mit dem Landkreis Kitzingen abzuschließen.

7. Kostenbeteiligung der Stadt Kitzingen an der Errichtung eines "Bolzplatzes" nach DFB-Modell

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Mittel zur Errichtung eines Bolzplatzes im DFB-Sonderprogramm in Höhe von 12.000 € zur Herrichtung der Fläche am SSV-Gelände sind vorbehaltlich der Programmaufnahme des SSV-Antrages im Haushalt 2008 bereitzustellen.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.35 Uhr.

gez.

Oberbürgermeister

gez.

Protokollführer